



SPD-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
für Soziales, Familie und Gesundheit  
Herrn Michael Wessel  
Rathaus  
Johannes-Rau-Platz 1  
42275 Wuppertal

SPD-Fraktion  
Sarah Hoffmann  
[hoffmann@spdrat.de](mailto:hoffmann@spdrat.de)  
Tel. 0202 563 5972

öffentlich

**Antrag**

Datum 04.09.2019

**Drucks. Nr. VO/0867/19**

---

Zur Sitzung am  
**04.09.2019**

Gremium  
**Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit**

---

**Antrag zur Tagesordnung, Tagesordnungspunkt 2  
Resolution Cannabis  
Antrag der SPD-Ratsfraktion**

Sehr geehrter Herr Wessel,

die SPD-Ratsfraktion beantragt, der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit möge anstatt des o. g. Antrages beschließen:

Der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, die Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz sowie die Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung haben sich nun seit mehr als einem Jahr mit dem Thema "Umgang mit Cannabis" befasst. Außerdem belegen zahlreiche Studien, dass das bundesweit geltende Betäubungsmittelgesetz nicht mehr zeitgemäß ist. Die Fachgruppe Sucht hat dazu folgende Empfehlung ausgesprochen:

*"Die Wuppertaler Politik soll sich, gemeinsam mit anderen Städten, dafür einsetzen, die Bundesebene aufzufordern, sich erneut mit dem Thema Drogenpolitik zu befassen und zu prüfen, ob rechtliche Veränderungen möglich sind."*

Dieser Empfehlung folgend beantragt unsere Fraktion, der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit möge folgenden Beschluss fassen:

1. Die Stadt Wuppertal wird sich im Rahmen ihrer Mitarbeit in den kommunalen Spitzenverbänden für eine gemeinsame Initiative einsetzen, um die Bundesebene dazu aufzufordern, das geltende Recht unter Beachtung des Jugendschutzes auf den Prüfstand zu stellen, mit dem Ziel einer Entkriminalisierung des Konsums von Cannabis.
2. Die Stadt Wuppertal bemüht sich weiter darum, einen öffentlichen Diskussionsprozess für einen bewussten und aufgeklärten Umgang mit Drogen, hier speziell mit Cannabis, in Gang zu halten.
3. Dabei werden sowohl der fachlich zuständige Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, als auch die Einrichtungen der Suchthilfe einbezogen und sollen ihre fachliche Expertise einbringen.

**Begründung:**

Zahlreiche Studien belegen, dass der restriktive Umgang mit Cannabis erhebliche negative

Auswirkungen hat. Diese reichen von gesundheitlichen Risiken (unklarer THC-Gehalt, unklare Beimischungen) über Einschränkungen der beruflichen Laufbahn bis hin zur Weigerung Suchthilfeangebote aus Angst vor Kriminalisierung anzunehmen. Hier ist ein Umdenken dringend erforderlich, wobei es selbstverständlich gilt, den Jugendschutz zu beachten. Ebenso wäre eine wissenschaftliche Begleitung einer legalen Vergabe von Cannabis wünschenswert. Die Stadt Wuppertal verfügt seit vielen Jahren über ein sehr gut ausgebautes Angebot der Suchthilfe. Daher sollte sie auf die Erfahrungen vor Ort und in anderen Kommunen zurückgreifen und sich für einen zeitgemäßen Umgang mit Cannabis einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Thomas Kring  
Stadtverordneter